

(Abg. Spaniol)

zahl von Leiharbeitnehmern. Das ist Ihre Bilanz wirtschaftspolitisch und arbeitsmarktpolitisch! Da können Sie nicht über Vollbeschäftigung schwadronieren, es fehlen viel zu viele Arbeitsplätze, das ist das Hauptproblem der saarländischen Wirtschaft. Das hat Ihnen die Arbeitskammer sehr eindrucksvoll ins Stammbuch geschrieben.

Kolleginnen und Kollegen, es ist naiv zu glauben, das Saarland sei resistent gegen den drohenden Abschwung der Weltkonjunktur und gegen die internationale Finanzkrise.

Präsident Ley:

Frau Kollegin Spaniol, darf ich Sie an die Redezeit erinnern? Ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen.

Abg. Spaniol (fraktionslos):

Ich bitte, die Unterbrechung einzurechnen.

Präsident Ley:

Wir haben die Zeit gestoppt, sodass die Unterbrechung nicht mitgerechnet wurde. Ich bitte Sie, trotzdem zum Schluss zu kommen, weil Ihre Redezeit zu Ende ist.

Abg. Spaniol (fraktionslos):

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. Das alles hat etwas mit Rahmenbedingungen zu tun. Das heißt, Qualifizierung, Ausbildung und Schutz vor Armut müssen wieder in den Mittelpunkt der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik gestellt werden, davon sind Sie weit entfernt! Investieren Sie endlich in Bildung ohne sozial ungerechte Gebühren, dann haben wir auch einen leistungsstarken Standort Saar. - Danke.

(Zurufe des Abgeordneten Jungmann (CDU).)

Präsident Ley:

Das Wort hat der Abgeordnete Alexander Funk.

Abg. Funk (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Kollege Stritter und auch andere Vorredner haben zu Recht darauf hingewiesen, dass es nicht darum geht, ein einmaliges Wirtschaftswachstum zu bejubeln, sondern dass es auf die Betrachtung der Nachhaltigkeit ankommt. Und genau das tun wir. Wir vergleichen die Regierungszeit der SPD mit der Regierungszeit der CDU seit 1999.

Da muss sich die SPD schon fragen lassen, warum in den Neunzigerjahren bei gleicher Arbeitnehmer- und Unternehmeranzahl das Saarland zwei Drittel Wachstum hatte. Schlusslicht in Deutschland!

(Beifall von der CDU.)

Die SPD muss sich die Frage gefallen lassen, warum bei gleicher Arbeitnehmer- und Unternehmeranzahl im Saarland über 60.000 Menschen arbeitslos waren. Schlusslicht in Deutschland!

(Beifall von der CDU.)

Und die SPD muss sich die Frage gefallen lassen, warum es in ihrer Regierungszeit lediglich 484.400 Erwerbstätige gab. Schlusslicht auch in diesem Bereich!

(Zurufe des Abgeordneten Commerçon (SPD).)

Dann schauen wir uns die Regierungszeit der CDU seit 1999 an. Die Wirtschaftskraft ist real um 10,2 Prozent gewachsen. Spitze in Deutschland, überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum! Die Zahl der Arbeitslosen liegt aktuell bei 34.664. Damit Spitze in Deutschland! Und die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2008 liegt mittlerweile bei 514.800. Noch einmal zum Vergleich, 484.400 Personen bei der SPD. Auch hier sind wir mittlerweile Spitze in Deutschland.

(Zuruf des Abgeordneten Stritter (SPD).)

Ich bringe es auf eine kurze Formel. Als die SPD regiert hatte, hatten wir hier im Saarland Rekordarbeitslosigkeit. Seit die CDU regiert, haben wir Rekordbeschäftigung. Das ist Ausdruck dieser Politik.

(Bravo-Ruf aus der CDU. - Beifall bei der CDU.)

Vor neun Jahren ist die Landesregierung unter Ministerpräsident Peter Müller mit dem Anspruch angetreten, aus dem Saarland ein Aufsteigerland zu machen. Die Beschleunigung des Strukturwandels, die Hebung der Wirtschaftskraft, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die qualitative Verbesserung des Bildungssystems, der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, all das waren die Herausforderungen, vor die die Landesregierung gestellt war, und deren Bewältigung sie sich zur Aufgabe gemacht hat.

Heute, nach neun Jahren Regierungstätigkeit, zeigt sich deutlich, die Landesregierung hat Wort gehalten. Das Saarland ist zum Aufsteigerland geworden. Maßgeblich hierfür war der grundlegende Paradigmenwechsel in der Landespolitik: Weg von Almosenmentalität hin zum klaren Gestaltungsanspruch; weg von der Orientierung auf überlebte Wirtschaftsstrukturen hin zum modernen Industriestandort; weg von Stagnation und Larmoyanz hin zu einer mutigen und gleichwohl sozial ausgewogenen Reformpolitik.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor neun Jahren ist die Landesregierung unter Ministerpräsident Peter Müller mit dem Anspruch angetreten, das Saarland zu einem Aufsteigerland zu machen. Heute können wir feststellen, die Vision vom Aufsteigerland ist Wirklichkeit geworden.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Ley:

Damit sind wir am Ende der zweiten Aktuellen Stunde angelangt. Ich schließe die Aussprache. Wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Ich unterbreche unsere Sitzung bis um 13.45 Uhr und wünsche allen einen guten Appetit.

(Die Sitzung wird von 12.44 Uhr bis 13.47 Uhr unterbrochen.)

Vizepräsident Braun:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir fahren in der Tagesordnung fort und kommen zu Punkt 1 der Tagesordnung. Sie haben richtig gehört, Punkt 1 der Tagesordnung:

Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes über die Zustimmung zum Elften Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Elfter Rundfunkänderungsstaatsvertrag) (Drucksache 13/2082).

Zur Begründung erteile ich Herrn Minister Karl Rauber das Wort.

Minister Rauber:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung legt Ihnen heute das Gesetz zum Elften Rundfunkänderungsstaatsvertrag vor. Wesentliches Ziel dieses Staatsvertrages ist die Anpassung an die Rundfunkgebühren. Der Elfte Rundfunkstaatsvertrag setzt hierbei die Gebührenempfehlung der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten 1 : 1 im Wesentlichen um.

Der Elfte Rundfunkstaatsvertrag regelt darüber hinaus die Finanzierung der Jugendschutzeinrichtung jugendschutz.net. Jugendschutz.net hat den Auftrag gegeben, gegen jugendgefährdende Angebote im Internet vorzugehen. Dieser Auftrag umfasst auch interaktive kommunikative Angebote wie Chats, Video-Tauschbörsen oder Web-Communities, die ja eine besondere Anziehungskraft auf die Jugendlichen ausüben.

Jugendschutz.net schafft es heute schon, dass in sieben von zehn Fällen die beanstandeten Seiten sofort gelöscht und aus dem Netz